

den Hinweis, daß dabei nicht der gegenwärtige, auf
künftigen Füssen stehende Interessentenverein damit ge-
meint sei, sondern ein hochinteressant in der Zukunft ent-
stehender, dem Verleben wirtschaftlich dienender Staatenbund.
Wenn also der Ministerpräsident des uns befreundeten
Landes sich mit Bewußtsein aus dem Spiel der Mächte
gehoben hat, so findet er damit die Billigung aller Be-
rechtigten, die der Ansicht sind, daß ein Staatenbund nur
dann Zweck hat und Bestand haben kann, wenn er den
Interessen aller daran beteiligten Partner dient. Wun-
derbar steht außerhalb des Balkanpaktes, gewissermaßen
als Gegenpol der übrigen Balkan-Mächte. Es wird
daher besonders interessant sein, den Verleher dieser An-
sichtstellung in unserer Reichshauptstadt zu sehen.

750 Nationalsozialisten in den österreichischen Konzentrationslagern.

Wien. Die österreichische Regierung hat
unter dem Druck der eingehenden Berichte der gesamten
Auslandspresse zum erstenmal eine amtliche Mitteilung
über die Zustände in den österreichischen Konzentrations-
lagern gemacht. Auf einem Empfang der Auslands-
presse leitete der Staatssekretär für das Sicherheitswesen,
Karl Wolf, mit, daß sich in den österreichischen Kon-
zentrationen gegenwärtig insgesamt 750 Nationalsozialisten
befänden. Die Berichte über Tote, schwere Zusammen-
stöße mit den Wachmannschaften und über Prügeleien
entsprächen nicht den Tatsachen. Die Nationalsozialisten
befänden sich in den Konzentrationslagern in festen
Bauten, und zwar zu vier bis fünf Mann in einem
Zimmer. Die Verpflegung stände unter händiger Arg-
wöhnung Kontrolle. In jedem Lager sei ein Lagerarzt. In
der letzten Zeit seien in den Konzentrationslagern 42
Muherrkrankungen, jedoch nur leichtere Fälle,
vorgekommen. Sämtliche Erkrankte seien in ein Hospital
gebracht worden. Wichtige Erkrankte seien bereits ent-
lassen, eine größere Anzahl von Entlassungen stehe bevor.
Die Regierung habe der geänderten Haltung der nation-
sozialistischen Parteigänger Rechnung getragen und in
den letzten vier Wochen 200 Nationalsozialisten ent-
lassen.

Politische Hochspannung in Rumänien.

Das Urteil gegen die „Eiserne Garde“ eine
berühmte Niederlage der Regierung.
Das Urteil im Prozeß gegen die Würder des rumänischen
Ministerpräsidenten Dica bedeutet eine schwere
Niederlage der liberalen Regierung. Drei Studenten, Mit-
glieder der „Eisernen Garde“, die den Aufstand ausfüh-
ren, wurden zwar vom Kriegsgericht zu lebenslänglicher
Zwangsarbeit verurteilt, der Führer der „Eisernen
Garde“ aber, Codreanu, den man zum intellektuellen
Arbeiter humpeln wollte, ist freigesprochen worden.
Das Kabinett ist sofort nach dem Urteil zu einer
Sitzung zusammengetreten. Die Stimmung
gegen die Regierung ist im Wachsen. Codreanu
aber und seine

„Eiserne Garde“ hat ungeahnten Zulauf.
Die Lage ist für die Regierung insofern peinlich, als das
Urteil gerade an dem Tage gefällt wurde, an dem die
Kammer einen Gesetzentwurf behandelt, der Maßnahmen
zum Schutze des Staates gegen unzufriedene Tätig-
keit“ vorsieht. In diesem Zusammenhang findet auch
eine Unterredung des Außenministers Titulescu mit dem
französischen Gesandten, die die Auflösung der
„Eisernen Garde“ forderte. Die Entscheidung wird
nach dem Urteil in Paris wenig Freude hervor-
rufen.

Die Verteidigungsrede Codreanus vor
Gericht hat eine ungeheure Wirkung gehabt. Er sprach
von dem verpöbeltesten Kampf der in die Heimat zurück-
gekehrten Frontgeneration, von dem vergesslichen Ringen
um Brot und Raum und Arbeit und von der Erbitterung,
die die Frontsoldaten ergriff, als sie sahen, daß die
Reichthümer des Landes in fremde Hand
übergegangen waren. „Der Prozeß“, so rief er
aus, „der hier verhandelt wird, ist nicht ein Prozeß der
„Eisernen Garde“, es ist der Prozeß unserer Generation, ist
die Tragödie einer Jugend, die Hunger zu sterben
wollt!“

Dann widerlegte Codreanu der Neiche nach all das,
was die Anklageschrift der „Eisernen Garde“ vorwarf. Er
wachte sich gegen die Rüge, daß er Hater oder von
Mussolini oder gar von Moskau Geld bekommen habe;
„Schließlich, daß ich Adolf Hitler nicht kenne, und daß wir
höher materiell noch ideal von ihm unterrichtet worden
sind. Wir sind keine Hitlerskinder, sondern
rumänische Nationalisten!“

Die Tschschei räumt auf.

Bereits über 200 Kommunisten verhaftet.
Prag. In der bekannten Spionage-
affäre kommunistischer Freidenker sind
bereits 200 Verhaftungen vorgenommen worden.
Es verlautet, daß es hierbei nicht bleiben wird, da die
Gendarmen aus allen Teilen der Republik täglich
neue Verhaftete nach Prag bringen. Die eigentlichen
Suspiranten dieser unzufriedenlichen Aktion sind aber noch
nicht gefaßt, doch konnte man meistens die Haupt-
rädler für ihre, den kommunistischen Agenten Kamp-
f und den bolschewistischen Juden Wiß, verhaften. Es heißt,
daß die von Berlin meggestellte wissenschaftliche Spionage-
zentrale in drei Gruppen geteilt wurde, von denen eine
nun ihren Aufenthalt in der Tschschoslowischen Republik
hat.

Deutsche Sportler dürfen nicht nach Memel

Die Einigkeit der deutschen Sportler
im Weltgebiet und ihre Festhalten am Deutschtum
ist der litauischen Regierung ein Dorn im Auge, und sie
läßt es deshalb an Schikanen und allerbunden Bedrückun-
gen nicht fehlen. Nachdem vor kurzem erst der Fußball-
mannschaft von Rauenport-Preußen (Königsberg) die
Einreise nach Litauen verweigert worden war, ist jetzt auch
den sechs Bogen von Germania-Frank-
furt, die in Memel gegen den Verein für Schwer-
athletik Memel“ kämpfen wollten, die Einreise verboten
worden.

Man kann jetzt nicht mehr annehmen, daß es sich um
Einzelfälle handelt, sondern daß ganz allgemein der Ver-
such deutscher Sportler im Memelgebiet unterbunden

werden soll, um die Stärkung, die er dem Memeler Sport
und dem dortigen Deutschtum bringt, zu unterbinden.
Die memellitischen Sportvereine werden
demgegenüber noch mehr als bisher zusammenstehen und
alle persönlichen Interessen beiseite lassen gegenüber der
Erhaltung der dem Memelgebiet vom Völkerverbund garan-
tierten Autonomie.

Keine amerikanischen Kredite für Ausland.

Washington. Die Verhandlungen mit der russischen
Botschaft über die Regelung der russischen
Schulden sind, wie verlautet, von russischer Seite so
sehr verschleppt worden, daß die amerikanische Regierung
entgegen ihrer früheren Plänen entschieden habe, Aus-
land dürfte keinerlei Kredite erhalten, bevor es
nicht endgültige Vorschläge zur Regelung seiner Schulden
gemacht habe. Ausland hatte zwar die Zahlung einer
Pauschalsumme vorgeschlagen, um über die Schwierigkeit
der Anerkennung der garlichen Schulden hinwegzu-
kommen, hat aber bisher noch keinerlei endgültige An-
gebote über die Höhe der Schulden unterbreitet.

Arbeitsfront und Wirtschaftsführung

Der Stabsleiter der W.D. und Führer der Deutschen
Arbeitsfront, Dr. Robert Ley, hat im Einvernehmen mit
dem Reichsminister Rudolf Heß den Reichspropaganda-
minister Dr. Goebbels, den Reichsinnenminister Dr. Frick,
den Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt, den Reichs-
arbeitsminister Selbde, den Reichsernährungsminister
Darré und den Reichsberufswirtschaftsminister Frickern
Eich zu einer Arbeitsfront und Wirtschaftsführung, zu einer
Arbeitsfront eingeladen, die am 10. April in
Berlin im Großen Sitzungssaal der Arbeitsfront statt-
finden wird. Der Zweck dieser Arbeitsfront ist die
Schaffung der Grundlagen für die gemeinsame Arbeit
aller für die Sach- und Menschsführung in Wirtschaft
und Arbeitsfront verantwortlichen Gruppen und Persön-
lichkeiten.

Für die Tagung sind Einladungen ergangen an die
Führer der Wirtschaft, die Hauptwirtschaftsgruppen-
führer, die Treuhänder der Arbeit, die Bezirksbeauftragten
für wirtschaftliche Fragen, die Amtsleiter der W.D.F.,
die Reichsbetriebsgruppenleiter, den Amtsleiter der
NSD, den Amtsleiter der NS-Saga, die Bezirksleiter
der W.D.F., den Amtsleiter für Ständischen Aufbau, die
Bezirksbeauftragten für Ständischen Aufbau, den Amts-
leiter für Beamtenfragen, den Amtsleiter für Kriegs-
opferversorgung und an den Amtsleiter des Arbeitsamtes.

Staatsakt am 1. Mai wieder auf dem Tempelhofer Feld.

Der Staatsakt zum „Feiertag der
nationalen Arbeit“ am 1. Mai 1934 findet in
diesem Jahr wieder auf dem Tempelhofer Feld
in Berlin statt. Die Berliner schaffenden Volks-
genossen der Sturm und der Faust werden in 13 großen
Marschkolonnen zum Tempelhofer Feld marschieren.

Jeder Betriebsführer bis zum 1. Mai Mitglied der Arbeitsfront!

Aufruf des Propagandaamts der NSD, und Deutschen
Arbeitsfront.

Der Leiter der Presse- und Propagandaamts der
NSD, und Deutschen Arbeitsfront, Pp. Wallas,
wendet sich an alle Presse- und Propagandaarbeit
der NSD, und W.D.F. mit einem Aufruf, in dem es u. a.
heißt:

„Der größte Teil des schaffenden deutschen Volkes ist
heute bereits in der Deutschen Arbeitsfront organisiert.
Das Fundament der Arbeitsfront ist die Betriebs-
gemeinschaft aus Arbeitern, Angestellten und Unter-
nehmern. Um diese Grundbausteine zu schaffen, ist es nötig,
daß jeder deutsche Unternehmer seinen Beitritt zur Deut-
schen Arbeitsfront erklärt. Kein deutscher Unternehmer
darf mehr zögern, dem Beispiel seiner Arbeiter und An-
gestellten zu folgen. Es geht um die Verwirklichung der
Volksgemeinschaft!“

Die Aufnahmepflicht zur Arbeitsfront ist bis
zum 1. Mai aufgehoben, um so jedem Volks-
genossen die Möglichkeit zu geben, sich in die Deutsche
Arbeitsfront einzureihen. Parteigenossen! NSD-Kame-
raden! Die Parole lautet: Jeder Betriebsführer bis zum
1. Mai Mitglied der Arbeitsfront!“

Sachverständigenbeiräte aus Handel und Handwerk.

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Staatsrat
Dr. Ley, hat mit den Arbeiten zur Aufstellung der Vor-
schlagsgesetze für die Sachverständigen aus Handel
und Handwerk den Führer der Reichsbetriebsgruppen Handel
und Handwerk in der Deutschen Arbeitsfront, Dr. von
Henken beauftragt. Dr. von Henken hat für jeden
Treuhandbereich bereits Beauftragte zur Durchführung
dieser Arbeit bestimmt. Er hat für die 13 Bezirke der
Treuhand der Arbeit folgende Beauftragte ernannt:
Haber: Pp. Noos-München; Berlin-Branden-
burg: Pp. Dr. Hunte-Berlin; Heßen: Pp. W. G.
Schmidt-Frankfurt a. M.; Mitteldeutschland:
Pp. Kasmann-Weimar; Niedersächsen-Westfalen:
Pp. Jens Müller-Oldenburg/D.; Nordmark: Partei-
genosse Zimmermann-Schwierin/Westlg.; Ostpreußen:
Pp. W. Magunia-Königsberg i. Pr.; Pommern:
Pp. Robert Schulz-Stettin; Rheinland: Pp. Doktor
Schmidt-Köln; Sachsen: Pp. Köhler-Dresden/M.;
Südwestdeutschland: Pp. van Raay-Karlsruhe
in Baden; Schlesien: Pp. Rast-Reislaun;
Westfalen: Pp. C. Franke-Münster/Westfalen.

Der Sitz der 13 Arbeits-Chrengerichte.

Auf Grund der Dritten Verordnung zur Durchfüh-
rung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit
sind als Sitz der Chrengerichte die Orte bestimmt, an
denen die 13 Treuhänder der Arbeit ihren Hauptort haben.
Das sind Königsberg (Preußen), Stettin, Berlin, Ham-
burg, Bremen, Köln, Essen, Weimar, Dresden, Frankfurt
am Main, Karlsruhe, München und Breslau.

New York. Überall in der amerikanischen
Industrie flackern neue Kämpfe zwischen den Unter-
nehmern und den amerikanischen Gewerkschaften auf, die
von Kommunisten aufgehetzt werden. In ver-
schiedenen Autofabriken, Minenbetrieben, in der Stahl-
industrie und Strumpfabriken sind Teilstreiks aus-
gebrochen. Im westvirginischen Kohlengelände nehmen
Streikunruhen einen gefährlichen Charakter an. Staats-
truppen gingen gegen die Aufständigen, die auf 2000 ge-
schätzt wurden, mit Tränengasbomben vor.

Kopenhagen. Streikabsichten der Seeleute
wegen der niedrigen Dänenfrone. Die Ge-
werkschaften der dänischen Seeleute haben beschlossen, am
12. April in den Streik zu treten; sie erklären, wegen des
niedrigen Standes der Dänenfrone könnten sie sich für
ihren Lohn im Ausland fast gar nichts kaufen. Ihre
Forderungen auf Lohnerhöhung wurden abgelehnt, und
man rechnet daher mit der Stilllegung des gesamten
dänischen Schiffsverkehrs in der nächsten Woche.

Der Wert guter fachlicher Ausbildung.

Aufruf an die Wirtschaft: Unterstützt den Reichsberufs-
kampfs der Jugend!

Der Reichswirtschaftsminister und der
Reichsarbeitsminister erlassen anlässlich des be-
vorstehenden Berufswettkampfes nachfolgenden Aufruf
an die deutsche Wirtschaft:
Der von der Deutschen Arbeitsfront und der Reichs-
jugendführung in der Zeit vom 9. bis 15. April 1934 ver-
anstaltete Reichsberufswettkampf des deut-
schen Jugend verdient mit allen Kräften unterstützt zu
werden. Von der beruflichen Erziehung des Nach-
wuchses hängt im wesentlichen der Erfolg unseres
Kampfes um den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft
ab. Gerade durch diesen Berufswettkampf wird die deutsche
Jugend mit besonderem Nachdruck auf die Bedeutung
guter fachlicher Ausbildung hingewiesen.

Deshalb erscheint es nicht unbillig, wenn auch die
deutsche Wirtschaft zu ihrem Teil an der erfol-
reichen Durchführung des Reichsberufswettkampfes mit-
hilft. Es wird erwartet, daß den Teilnehmern des Be-
rufswettkampfes die hierzu notwendige Freizeit gewährt
wird. Soweit dadurch Lohnausfälle eintreten sollten, ist
Gelegenheit zu bieten, daß die ausgefallene Arbeitsleistung
an einer anderen Zeit nachgeholt werden kann.

Zum Impfgesetz.

Der Reichsinnenminister an die Landes-
regierungen.

Da die geplante Revision des Reichsimpf-
gesetzes vom 8. April 1874 bis zu Beginn der nächsten
Impfperiode noch nicht abgeschlossen werden kann, hat
der Reichsminister des Innern die Landesregierungen er-
sucht, den neuen Gesichtspunkten in der
Impffrage, über die eine im wesentlichen über-
einstimmende Auffassung besteht, schon jetzt Gel-
tung zu verschaffen.

Es handelt sich vor allem um die in jedem Falle vor
der Impfung mit besonderer Sorgfalt zu treffende Fest-
stellung, ob der Impfpflichtige geimpft werden kann, ohne
daß er selbst oder Personen seiner Umgebung durch die
Impfung gefährdet werden. Mit der endgültigen Ent-
scheidung über die Frage einer wiederholten oder länger
dauernden Zurückstellung von der Impfung ist der öffent-
liche Impfsatz beauftragt. Die Zahl und die Länge
der Impfschnitte ist bis auf weiteres ver-
ändert worden. Die Eltern, Pfliegereltern oder Vormünder
der geimpften Kinder können, falls sie nach dem Nach-
schautermin besondere Erscheinungen bei den Impfungen
wahrnehmen, jederzeit dem Impfsatz aussetzen, um sich
von ihm unentgeltlich beraten zu lassen. Die Auf-
klärung der Bevölkerung über die hohe volksgesundheit-
liche Bedeutung der Impfung ist auch fernerhin eine wich-
tige Aufgabe der Ärzteschaft und im besonderen der
Impfärzte.

Die neue Bundesstracht des NSDF (Stahlhelm).

Feldgrauer Rock, braunes Hemd mit grünem Schilps.

Nach einer Verfügung der Bundesführung des
NSDF (Stahlhelm) wird die Bundesstracht für alle
Bundesmitglieder, soweit sie nicht der SA oder SA-
Reserve angehören, folgende sein:

Feldgrauer Mütze mit Sobelitzabzeichen und schwarz-
weiß-roter Kotarde. Feldgrauer Rock mit zwei Brust-
zwei Seitentaschen und Halentreuzbinde, Koppel, Braunes
Hemd mit grünem Schilps, Feldgrauer Stiefelsohle,
Gamaschen (Leber- oder Wildelgamaschen) mit Schnür-
stiefel oder hohe Stiefel.

Alle Abzeichen, mit Ausnahme der oben an-
gegebenen (Sobelitzabzeichen an der Mütze und Halen-
treuzarmbinde) sind zu entfernen, insbesondere die
silberne Wägeninspur, sowie Spiegel usw., da sie Ver-
wechslungen mit der Reichswehr oder SA und SA-
Reserve herbeiführen könnten.

Über die Abzeichen des Frontkämpferbundes, das an
die Stelle des bisherigen Stahlhelmsabzeichens tritt, er-
gehen noch besondere Bestimmungen. Mit Ausnahme des
Titels „Bundesführer“ gibt es im NSDF (Stahlhelm)
keinerlei Titel. Sämtliche Unterführer sind nur
Inhaber der betreffenden Dienststelle, und ihre dienstliche
Anrede lautet „Kamerad“.

Der Führer stiftet dem Panzerschiff „Deutschland“ sein Bild.

Reichszugler Adolf Hitler hat dem Offizier-
korps des Panzerschiffes „Deutschland“ sein Bild mit
eigenhändiger Unterschrift gestiftet. Das Bild wird einen
besonderen Ehrenplatz in der Offiziersmesse des
Schiffes finden.